

An den

hohen L a n d t a g .

V a d u z

---

Die heute persönlich erschienenen Delegierten der Volkspartei des Oberlandes lassen Ihnen hienit folgendes

E r s u c h e n :

überreichen.

1.) Durch den Ausfall der Volksabstimmung hat das Volk bekundet, dass die Zahl der Volksabgeordneten nicht erhöht werden soll, Wohl hat das Oberland mit einem Mehr von rund 200 Stimmen für die Erhöhung gestimmt, das Unterland überwiegend dagegen.

Die heute erschienenen Delegierten ersuchen gestützt auf die Wähler unter Hinweisung auf den volkstümlichen Zug der Zeit auf das anerkannt berechtigte Begehren um demokratischen Ausbau unserer Verfassung darum, dass ein Abgeordneter im Oberlande, wie im Unterlande die gleiche Seelenzahl im Landtage vertrete.

Es ist mit einer demokratischen Verfassung unvereinbar, dass in Bezug auf die politische Berechtigung für Landes-sachen zwei verschiedene berechtigte Volksklassen bestehen. Niemand im Lande kann es gerechterweise gutheissen, dass die Oberländer Männer sind, deren Stimme politisch weniger wert sein soll, als die eines Unterländers, Für die Tragung der Landeslasten ( Steuern, Abgaben u.s.w.) werden die Oberländer und Unterländer gleichgehalten. Wer gleiche Pflichten hat, soll gleiche Rechte haben.

Wir appellieren an den Gerechtigkeitssinne der Unterländer und ihrer Abgeordneten. Was wir verlangen ist ein gleiches Recht für alle.

2.) Wir ersuchen um schleunigsten volkstümlichen Verfassungsausbau, der auch Volksabstimmungen kennt. Durch das Hinausschleppen der Revision wird die Ruhe im Lande nicht gefördert, wohl aber mehr und mehr untergraben.

3.) Wir ersuchen um sofortigen Bescheid, ob unserem Ansuchen entsprochen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so bitten wir die Herren Oberländer Abgeordneten ihre Mandate niederzulegen und auf die Auflösung des Landtages zu dringen.

Die Herren müssen sich ja selbst mit Rücksicht auf das Oberländer Abstimmungsergebnis sagen, dass die grosse Mehrheit der Oberländerwähler sich nicht mehr als politische min-  
derberechtigte Bürger behandeln lassen wollen.

Wir appellieren an das Herz und den Verstand der Oberländer Abgeordneten, dass sie für diese Bitte eintreten und allenfalls den Entscheid ihren Wählern überlassen.

4.) Sollte keinem unserem Ansuchen entspröchen werden, wälzen wir alle Verantwortung wegen Vorkommnissen auf den Landtag ab. Wir sind dann nicht mehr in der Lage, das Begehren um autonome Trennung der Verwaltung für die beiden Landschaften, ebenso wie die Entfremdung zwischen ihnen aufzuhalten, was wir zwar für unsere Verhältnisse nicht wünschen.

Uns liegt die Ruhe und das Wohl des Landes am Herzen. Wir verlangen aber eine Gesundung unserer politischen Zustände, indem ein Oberländer nicht nur dieselben Lasten wie ein Unterländer, sondern auch die gleichen politischen Rechte hat.

V a d u z , den 6. März 1919.

Wilhelm Dürrle  
Georg Logt  
Ulrich Rutz

Emil Thindler  
Heinrich Beck  
Alfons Schädler  
Franz Wille  
Stefan Rötter